



FOTO: ARCHIV/ELMA KORAC

«Moderate» Erhöhung der Beiträge

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini kündigte vergangene Woche eine kurzfristige Neuregelung der Kita-Finanzierung an. Die Eltern sollen sich demnach stärker an den Kosten beteiligen. «Moderat» soll auch die Finanzierung aufseiten des Staates überprüft werden. Am gleichen Tag wurde die Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts vorgestellt.

→ Gestern Vormittag informierte das Liechtenstein-Institut über die Ergebnisse der Nachwahlbefragung zur Initiative «Familie und Beruf». 84,2 Prozent der Stimmbürger hatten die Vorlage bachab geschickt. Einige Stunden später liess der zuständige Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini erste Konsequenzen per Medienmitteilung verlauten. Zwischen den Zeilen werden darin auch die Studienautoren kritisiert. Auf Fragen, welche die Finanzierung betreffen, sei darin nicht eingegangen worden, stellt der Minister fest. Doch gerade hier will er ansetzen: Als erste Massnahme greift er, wie schon bei der KVG-Reform, auf das Verursacherprinzip zurück und will

die Elternbeiträge anheben: «Ziel dieser kurzfristig umzusetzenden Massnahme soll es sein, die bestehende Finanzierung der Kitas gleichmässig und gerecht zu verteilen. Hierzu wird es voraussichtlich auch notwendig sein, die Elternbeiträge moderat zu erhöhen», schreibt das Ministerium.

Umfrage bei Beteiligten

Gleichzeitig werde es für eine Abfederung der Konsequenzen aber auch nötig sein, die Finanzierung aufseiten des Staates zu überprüfen und «moderat» anzupassen. In einem weiteren Schritt gelte es, die Bedürfnisse der Kinder sowie der Eltern und der Arbeitgeber zu erfassen,

um die zukünftige Ausgestaltung der Betreuungslandschaft unabhängig von ideologischen Einstellungen weiterzuentwickeln. «Hierzu führt das Ministerium für Gesellschaft derzeit diverse bilaterale Gespräche. Ziel ist es, demnächst mittels einer Umfrage die Wünsche und Bedürfnisse der direkt betroffenen Eltern zu eruieren und die Umsetzung dann im grösseren Kreis zu diskutieren», heisst es in der Medienmitteilung.

Interessante Ergebnisse

Bei der Nachwahlbefragung zur Initiative bestätigten sich weitgehend die Annahmen, die bereits kurz nach der Abstimmung als Gründe für die

breite Ablehnung verantwortlich gemacht wurden: Hauptmotiv war die Diskriminierung traditioneller Familien sowie der Vorwurf an die Initianten, dass die Vorlage unausgereift gewesen sei.

Dennoch förderte die Studie interessante Erkenntnisse zutage. So hielten zum Beispiel viele der Befragten die Vorlage für zu wirtschaftsfreundlich. Demgegenüber wünscht man sich hierzulande weniger staatliche Eingriffe und mehr Wettbewerb. Ausserdem zeigt sich, dass die Ergebnisse nach Parteinähe für die Regierungsparteien ungünstig ausfallen – Sympathisanten der Oppositionsparteien stimmten eher entsprechend der «Parteimeinung» ab. **mw**